

Medienmitteilung vom 27. Mai 2014

Ausfinanzierung Pensionskasse Kanton Solothurn

Wirtschaftsverbände begrüssen Diskussion über stärkere Beteiligung der Versicherten

Die Pensionskasse Kanton Solothurn (PKSO) weist seit je her eine massive Unterdeckung aus. Eine Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters- Hinterlassenen- und Invalidenversicherung verlangt nun, dass die öffentlich-rechtlichen Pensionskassen auf eine solidere Basis gestellt werden. Die Tilgung der Altlast der PKSO wird den Kanton Solothurn über Jahrzehnte massiv belasten. Die Solothurner Handelskammer forderte deshalb im Oktober 2013 den Regierungsrat auf, die Versicherten stärker in die Pflicht zu nehmen und damit die Steuerzahler zu entlasten. Obwohl in der Zwischenzeit zweimal die kantonalen Steuern erhöht wurden, ist der Regierungsrat in seiner definitiven Vorlage zur Ausfinanzierung der PKSO noch nicht darauf eingegangen. Die Solothurner Handelskammer und der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband lehnen die aktuelle Vorlage deshalb ab und fordern eine für die Steuerzahler akzeptable Vorlage. Als Lösung schlagen die Wirtschaftsverbände eine weitere Reduktion der Arbeitgeberbeiträge vor.

In ihrer ersten Lesung am 21. Mai 2014 ist die kantonale Finanzkommission (Fiko) auf die Ausfinanzierungsvorlage der PKSO eingetreten und forderte die Regierung auf, eine neue Variante mit stärkerer Beteiligung der Versicherten zu rechnen.

Konkret schlug Fiko-Präsident Beat Loosli gegenüber der Vorlage des Regierungsrates vor, die aktiv Versicherten und die Rentner stärker an der Ausfinanzierung zu beteiligen, indem die Arbeitgeberbeiträge zum Teuerungsausgleich um ein weiteres Prozent reduziert werden sollen. Damit könnte der von einem strukturellen Defizit von 150 Millionen Franken geplagte Kanton und so der Steuerzahler jährlich um rund 6 Millionen Franken entlastet werden. Mit diesen Einsparungen kann die Amortisation der Schulden aus der Deckungslücke schneller erfolgen.

Neben der Finanzkommission hat auch die BDP in den letzten Tagen in einer Mitteilung verlauten lassen, dass die Versicherten gegenüber der regierungsrätlichen Vorlage stärker in die Ausfinanzierung eingebunden und der Steuerzahler entlastet werden soll. Zudem zeigten sich am 26. Mai an der Generalversammlung des Verbands der Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) eine überwältigende Mehrheit von 80 Prozent der Gemeinden nicht bereit, sich an den Kosten der Ausfinanzierung und zu beteiligen.

Die Solothurner Handelskammer und der Kantonal-Solothurnische Gewerbeverband begrüssen die endlich in Gang gekommene Diskussion über eine stärkere Beteiligung der Versicherten an der Ausfinanzierung der Pensionskasse und sehen den von Fiko-Präsident Beat Loosli eingebrachten Vorschlag als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Der Regierungsrat ist nun gefordert, zusammen mit dem Kantonsrat eine für den Kanton und die Gemeinden verträgliche und damit für die Steuerzahler akzeptable Lösung zu erarbeiten.

Daniel Probst
Direktor
Solothurner Handelskammer
Grabackerstrasse 6 | Postfach 1554 | CH-4502 Solothurn
T +41 32 626 24 24 | F +41 626 24 26 | M +41 79 645 61 01

Andreas Gasche
Geschäftsführer
Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband
Hans Huber-Strasse 38 | Postfach 955 | CH-4502 Solothurn
T +41 32 624 4 624 | F +41 624 4 625 | M +41 79 629 02 44